

Stefan Nacke (Hg.): „Smarter Sozialstaat“

## Funktion wiegt mehr als Kosten

Von Caspar Dohmen

Deutschlandfunk, Andruck, 16.02.2026

**Bei der Reform des Sozialstaats denken viele gerade vor allem an Einsparungen. Dem CDU-Politiker Stefan Nacke geht es um etwas anderes. Er versammelt Impulse von Wissenschaftlern und Praktikern, die den Sozialstaat funktionsfähiger für die Bürger machen wollen.**

Die Verfasser des Grundgesetzes verpflichteten die Bundesrepublik nach dem Zweiten Weltkrieg auf eine aktive Sozialpolitik, ohne ein bestimmtes Modell vorzulegen. Seit 1949 bauten Regierungen die Sozialordnung auf und aus. So führte die Regierung des ersten Kanzlers und Christdemokraten Konrad Adenauer in der wirtschaftlichen Boomphase der Nachkriegsjahre die umlagefinanzierte Rentenversicherung ein.

Aber Bundesregierungen bauten den Sozialstaat auch um und ab, in größerem Ausmaß unter dem sozialdemokratischen Kanzler Gerhard Schröder mit den Hartz-Reformen Anfang der 2000er Jahre. Die damalige rot-grüne Bundesregierung reagierte auf die wirtschaftliche Schwäche – sie bündelte unter anderem Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe und beschnitt Leistungen. Heute leben wir in einem ausdifferenzierten Sozialstaat mit mehr als 500 Sozialleistungen und Steuervergünstigungen, die schwer zu durchblicken sind.

### Reorganisation der sozialen Ordnung

Eine Reform des Sozialstaats erscheint schon aus funktionalen Gründen geboten. Der CDU-Sozialpolitiker und Bundestagsabgeordnete Stefan Nacke will mit Gleichgesinnten aus Wissenschaft und Praxis die Sozialordnung funktionsfähiger im Sinne der Bürger machen und wählt dafür das Leitbild des „Smarten Sozialstaats“. Dazu schreibt der ausgebildete Sozialethiker:

„Der Grundgedanke des Smarten Sozialstaats beruht darauf, Sozialpolitik so zu gestalten, dass Bürgerinnen und Bürger aus der Perspektive von Nutzerinnen und Nutzern gesehen werden und sich Abläufe nicht mehr primär an der gewachsenen Verwaltungsstruktur orientieren. Smarte Politik verfolgt dabei keine Leistungskürzungen oder den Abbau von

Stefan Nacke (Hg.)

### Smarter Sozialstaat. Impulse zur qualitativen Weiterentwicklung der sozialen Ordnung in Deutschland

Herder Verlag

268 Seiten

22,00 Euro

sozialen Strukturen, sondern eine Reorganisation der sozialen Ordnung mit leichterem Leistungszugang.“

Woran es tagtäglich im Sozialstaat hakt, verdeutlichen in dem Band vor allem die Praktiker. So existieren praktisch vier oder fünf Grundsicherungssysteme nebeneinander: Bürgergeld, Wohngeld plus Kindergeld, Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung, Bafög oder Berufsausbildungsbeihilfe oder Asylbewerberleistungen. Außerdem hat der Gesetzgeber manche wichtige Rechtsbegriffe in den Sozialleistungsgesetzen unterschiedlich definiert, etwa Einkommen. Das erschwert die Vereinheitlichung von Abläufen, sorgt aber auch für Verwirrung unter anspruchsberechtigten Bürgern. Eva Welskop-Deffaa, Präsidentin der Caritas, bemerkt dazu in ihrem Beitrag:

„Vielen Menschen ist häufig nicht klar, auf welche Leistung sie Anspruch haben. Es entstehen Verschiebeparkplätze, wenn Menschen z.B. zwischen Jobcenter, Sozialamt, Wohngeldstelle hin- und hergeschickt werden.“

### **Einheitliche Begriffe und Altersgrenzen**

Aus Nutzersicht wäre eine Vereinheitlichung von Begriffen, Definitionen, Altersgrenzen oder Nachweisen sinnvoll. Hilfreich wäre es auch, wenn sich für einen Bürger zuständige Mitarbeiter verschiedener Behörden in Fallkonferenzen zusammenschalteten oder einzelne Mitarbeiter einer Behörde als Lotse für eine Bürgerin agieren würden. Ein Fortschritt wäre es, wenn Bürger ihre Sozialdaten nur einmal abgeben müssten und diese dann automatisch von allen Sozialbehörden genutzt werden könnten. Aber dafür müsste der Gesetzgeber unter anderem datenschutzrechtliche Regeln ändern. Bei der Reform des Sozialstaats kommt es eben auch auf das Detail an.

Wenig hilfreich sind deswegen politische Debatten mit allgemeinen Schlagworten wie Bürokratieabbau, Digitalisierung oder Standardisierung. Von „Magic concepts“ spricht die Verwaltungswissenschaftlerin Tanja Klenk bei solchen Begriffen. Die seien zwar anschlussfähig, aber „auf der Werteebene zunächst inhaltsleer und damit ambivalent“.

„Sie können aus einer normativen Perspektive sehr unterschiedliche Szenarien stützen, den smarten, schlanken und konditionierenden Sozialstaat ebenso wie einen auf smarte Weise inklusiven, investiven und ermöglichenden Sozialstaat.“

### **Mehr individuelle Lösungen**

Wie Bürger den Sozialstaat als Nutzer erleben, hängt wesentlich von der Organisation der Leistungserbringung vor Ort ab. Hier spielt die Haltung der jeweiligen Behördenleitung eine wichtige Rolle, schreibt der Wissenschaftler Nils Pagels. Einen großen Unterschied mache es, „ob ich als Verwaltung alles auf eine Standardisierung von Leistungen setze oder ob ich bereit bin, eine gute Balance zwischen Standardisierung und individuellen Lösungen zu finden“. Individuelle Lösungen könnten beispielsweise dabei helfen, Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen in Arbeit zu vermitteln. Der Forscher sieht aber auch eine wichtige kulturelle Hürde in Verwaltungen, welche es den Staatsbediensteten erschwere, im Sinne der nutzenden Bürger agieren. Er beobachtet eine Kultur der Angst in Behörden:

„Es handelt sich um eine Angst, verantwortlich zu sein, wenn sich eine Lösung als nicht zu 100 Prozent rechtskonform herausstellt. Es ist natürlich wichtig, dass die Leistungen rechtssicher erbracht werden müssen, aber eine sehr fehlerintolerante Verwaltungsstruktur führt zu einem unbeweglichen Verwaltungshandeln.“

Wie Sozialbehörden mit den Menschen umgehen, ist maßgeblich für deren Lebensalltag. Und die alltäglichen Erfahrungen auf den Ämtern beeinflussen wiederum auch maßgeblich die Haltung der Bürger gegenüber dem demokratischen Gemeinwesen. Insofern ist die zeitgemäße Ausgestaltung des Sozialstaats ein äußerst wichtiges Thema. Die Autorinnen und Autoren sprechen wichtige Aspekte an und geben gute Impulse.

Andererseits bleibt das Buch ein ziemliches Stückwerk. So fehlt ein Schlusskapitel, in dem all die Gedanken einmal zusammengebunden und weitergedacht würden. Ein smarterer Sozialstaat im Sinne der Autoren würde beispielsweise dazu führen, dass vermutlich mehr Bürger die Sozialleistungen in Anspruch nehmen würden, die ihnen eigentlich zustehen. Und damit würde das geschehen, was die Verwaltungsträgheit bisher verhindert: Die Kosten würden steigen.